

Terminvorschau

Vom 24. bis 29. April 1978

Montag, 24. 4.

Vorstandssitzung der SPD-Fraktion

Sportausschuß

Schulsport
Berufsfachschulen für Gymnastik

Parlamentarischer Untersuchungsausschuß „WestLB“

(öffentliche Sitzung: Beginn: 14.00 Uhr, Raum 112)
Vernehmung mehrerer Zeugen

Dienstag, 25. 4.

Fraktionssitzungen der CDU, der SPD und der F.D.P.

Unterausschuß „Reaktorsicherheit und Strahlenschutz“ des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Atomrechtliches Genehmigungsverfahren

Mittwoch, 26. 4.

Plenum (Beginn: 10.00 Uhr)

Donnerstag, 27. 4.

Plenum (Beginn: 10.00 Uhr)

Arbeitsgruppe „Datenschutz“ des Hauptausschusses und des Ausschusses für Innere Verwaltung

Datenschutzgesetz

Freitag, 28. 4.

Untersuchungsausschuß (Hochschulbau- und Finanzierungsgesellschaft)

Beweisanträge
Klinikum Aachen
Stellungnahme des Landesrechnungshofs

Baurecht . . .

Fortsetzung von Seite 8

aus diesem Bericht ergebenden Fragen vertiefend bei der Beratung des Zweiten Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung und anderer Vorschriften zu diskutieren und im Rahmen der dabei geplanten Anhörung auch Bezirksvertreter zu Wort kommen zu lassen. In seiner zusammenfassenden Wertung kam der Innenminister zu dem Ergebnis, daß die neue Bezirksverfassung ihre Probe insgesamt bestanden hat. Die gesetzliche Konzeption habe sich grundsätzlich bewährt. Herbert Schwirtz (SPD) und Dr. Hans Daniels (CDU) stimmten der Auffassung des Innenministers zu, daß Einzelbeispiele sehr restriktiver Handhabung der Bezirksverfassung durch die Räte und die Verwaltungen kein Anlaß für den Gesetzgeber sein sollten, stärker regelnd einzugreifen. Allerdings gab Schwirtz zu bedenken, daß die gesetzlich gesicherten Entscheidungsrechte und finanziellen Verfügungsmöglichkeiten der Bezirksvertretungen zur Vermeidung abweichender Anwendungspraktiken noch in einigen Punkten klargestellt werden müßten. Dies könnte bei der Überarbeitung der Verwaltungsverordnung zur Gemeindeordnung erfolgen.

Porträt der Woche

Er gehört zur Minderheit der Parlamentarier, die einen freien Beruf ausüben, und ist schon von daher eine Ausnahme im Parlament am Schwanenspiegel. Doch da er außerdem einen Sieben-Tage-Job hat und trotzdem sein Mandat und die Betreuung seines Wahlkreises am Niederrhein ernst nimmt, ist der CDU-Abgeordnete Julius Louven aus Kempen fast eine Rarität im Landtag. Der zurückhaltende, behutsam, aber bestimmt formulierende Bäcker- und Konditormeister macht allerdings keinen Hehl daraus, daß er diese ungewöhnliche Doppelbelastung nicht auf unabsehbare Zeit tragen kann: „Auf Dauer sind mein Mandat und die Ausübung dieses Berufes nicht vereinbar.“ Wobei der 45 Jahre alte Familienvater, der sein Geschäft in Krefeld hat, klar erkennen läßt, daß er im Fall der Wahl der Politik den Vorzug geben möchte.

Warum selbständige Handwerksmeister leider mit ihrem Sachverstand kaum in deutschen Parlamenten mitreden, kann man gut am Arbeitstag von Julius Louven erklären. Der Konditor, der die Handwerkstradition seiner Familie in der fünften Generation fortführt, ist bereits in Morgenstunden an der Arbeit, in denen andere Politiker höchstens einmal im Wahlkampf aktiv werden. Bis auf einen Ruhetag in der Woche, an denen Louven sich um seinen Wahlkreis kümmert, aber auch an den Einkauf und die Buchführung denken muß, ist der Chef an allen anderen Werk- und Feiertagen in seinem Cafébetrieb gefragt, der schließlich auch von der Freizeit der Mitbürger leben muß. Diese Tätigkeit, die man in keine 40-Stunden-Woche pressen kann, ist für den CDU-Abgeordneten allerdings kein Alibi für Absagen an die Partei, für die Nichtübernahme von Verpflichtungen im Wahlkreis, für mangelnde Präsenz im Landtag in Düsseldorf oder im Kreistag in Viersen. Die Mitbürger und Wähler würden es ebensowenig verstehen wie der Politiker Louven selbst, dem man glaubt, daß er für „halbe Sachen“ nicht zu haben ist.

Sein bei diesem Berufsfeld ungewöhnliches Engagement für die Politik wuchs aus Neigung und aus familiärer „Belastung“: Bereits Julius Louvens Vater war als Zentrums-Politiker Bürgermeister in seiner Heimatgemeinde St. Hubert, und einer seiner Onkel saß für die F.D.P. im Rat. So trat er selbst 1958



Julius Louven (CDU)

nach den beiden Meisterprüfungen in seinem Handwerk der CDU bei, ohne den fast üblich gewordenen Weg über die Jugendorganisationen der Partei gemacht zu haben. Er begann fast klassisch an der „Basis“, als Kassierer im Ortsverband, übernahm 1961 dort den Vorsitz und wurde von seiner Partei und den Wählern von 1962 bis 1969 in den Gemeinderat entsandt. Seit der Neugliederung vertritt er Kempen im Kreistag, in dem er stellvertretender Fraktionsvorsitzender wurde.

Der Sprung in die Landespolitik glückte Julius Louven 1975. Er schlug bei der Nominierung als Gegenkandidat den damaligen CDU-Wahlkreisabgeordneten und erreichte bei der Landtagswahl rund 54 Prozent aller Wählerstimmen. Nach fast dreijähriger Arbeit im Landesparlament beurteilt er seine ersten Erfahrungen und seine ersten Erfolge realistisch: „Man muß Landtagsarbeit lernen, und ich habe wohl die Zwischenprüfung bestanden.“ Erfahrungen machte und Erfolge hatte er im Ernährungsausschuß und im Sozialausschuß, deren Arbeit dem Handwerksmeister und Vater dreier Söhne liegt. Dort, in Gesprächen mit Beamten der entsprechenden Ministerien und in der Rückkopplung mit den praktischen Problemen in seinem Wahlkreis hat Julius Louven seine politischen Aufgaben gefunden, die ihm Freude machen. Daß dies alles möglich ist, verdankt er seinen Mitarbeitern und einer perfekten Zeiteinteilung, die es ihm ab und zu sogar erlaubt, mit den Söhnen ein paar Partien Tennis zu spielen oder – seltene Ausnahme – zu einem Eishockeyspiel zu gehen.

Helmut Breuer